

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 43 – Unterrichtssituation

Dazu die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Anke Erdmann:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 561.11 / 07.10.2011

Kluft zwischen Bericht und Klassenzimmer

Ich möchte einsteigen mit Schilderungen von zwei Schulleitern– im Wortlaut: „Eine Lehrkraft ist ein halbes Jahr erkrankt. Das Schulamt bemüht sich um Ersatz. Letztlich fand sich eine Person mit einem ersten Staatsexamen. Folge: völlige Überforderung, Zusammenbrüche im Lehrerzimmer, Eltern, die sich beschwerten, Herausnahme der Lehrkraft, Mehrarbeit durch zwei gestandene Lehrkräfte, die ich später ausgleichen muss. Das bedeutet dann doch Unterrichtsausfall.“

Ein anderer Schulleiter: „Beispiel aus einer der vorigen Wochen: Durch Krankheit von Kollegen hatten wir in einer Woche eine Lücke von 140 Unterrichtsstunden aus eigenen Reihen zu schließen.“ Eltern beaufsichtigen Kinder beim Mandala-Malen, ältere Schüler springen ein und Hausmeister gehen mit einer Klasse auf den Sportplatz – dass alles gilt nicht als Unterrichtsausfall. Das alles ist Schulrealität in Schleswig-Holstein. Es sind keine Einzelfälle! Dies bildet der Bericht nicht ab, wenn er zum Beispiel den Unterrichtsausfall benennt. Neu ist das nicht.

Egal wer regiert, die Opposition hat dies immer kritisiert - ein jährliches Ritual. Ich möchte diesem „Ihr Regierung, Wir Opposition“-Schema ungern erliegen: Darum habe ich neben diesen Bericht vom vergangenen Schuljahr den Bericht über das Schuljahr 2002/03 gelegt – doppelt interessant: Zum einen ist es der letzte Bericht, über den in der rot-grünen Regierungszeit debattiert wurde. Zum anderen gibt er eine Aufnahme von der Situation kurz nach dem PISA-Schock. Seit dem hat sich viel verändert.

Zwischen den beiden Schuljahren liegen acht Jahre. Ich habe mir die Indikatoren „Klassengröße“ und „Unterrichtsversorgung pro SchülerIn“ angeschaut. Ergebnis: Die Klas-

sengrößen sind fast konstant, die Unterrichtsversorgung rechnerisch angestiegen, besonders in den Grundschulen. Für die Oberstufe sind sie etwas gesunken. Alles in allem eine Richtung, die die Bildungsforschung rät.

Ich möchte das an unseren Grundschulen verdeutlichen: Auf dem Papier stehen einer Grundschulklasse – die durchschnittliche Klassengröße ist konstant geblieben – rund sieben Lehrerstunden pro Woche mehr zur Verfügung als noch vor acht Jahren. Das wären knapp dreißig Prozent mehr. Wir müssen uns fragen: warum hören wir aus den Schulen so etwas krass anderes?

SchulleiterInnen berichten von Lehrkräften mit Burn-out, von Dauererkrankungen, von KollegInnen, die am Rande des Limits arbeiten, Eltern von enormem Unterrichtsausfall. Wir müssen uns – und das ist die gemeinsame Verantwortung – mit dieser Diskrepanz zwischen Bericht und Schulalltag beschäftigen: Wieso haben Lehrkräfte mehr denn je das Gefühl, dass Ihnen die Zeit wegläuft? Wieso sehen Lehrkräfte, Eltern und SchülerInnen zwischen diesem Bericht und Ihrer Arbeitswirklichkeit an den Schulen keinen Zusammenhang? Das müssen wir ergründen!

Sicher haben wir alle verschiedene Erklärungsansätze: Sie reichen - von meiner Seite aus - von steigenden Ansprüchen, die die Gesellschaft an Schulen stellt, über eine heterogenere Schülerschaft bis hin zur Pflichtstundenerhöhung für Lehrkräfte. Aber das möchte ich hier nicht vertiefen, dann sind wir wieder im Fraktionen-Hick-Hack und dem „Wer ist Schuld“-Modus.

Stattdessen möchte auf eine große Gefahr hinweisen: Die besteht nicht darin, ob die Landesregierung – egal welcher Couleur –gut oder schlecht aussieht. Die wirklich große Gefahr besteht darin, dass sich die Menschen, die Tag für Tag Schule machen, in der Politik, in unseren Debatten nicht mehr wiederfinden. Wir dürfen uns mit dieser Entkopplung von Papierlage und Situation in den Lehrer- und Klassenzimmern nicht zufrieden geben. Es muss uns allen ein Stachel sein, wenn Lehrkräfte und Eltern den Kopf schütteln und sagen: Was wisst Ihr in Kiel schon wie es bei uns aussieht und uns Selbstbetrug vorwerfen.

Wir müssen in einen echten Dialog eintreten. Gerade, wenn Stellenkürzungen an den Schulen ins Haus stehen. Wir Grüne wollen gern die Ausschussberatungen dafür nutzen. Ein jährliches Ritual ohne Konsequenz bringt die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte jedenfalls nicht weiter.
